

SPD **Sozialdemokratischer pressediens**t

P/XXXI/215

9. November 1976

Die Stunde des Parlaments

Vorbemerkungen zur Regierungserklärung Georg Lebers

Seite 1 / 38 Zeilen

Fortschritte in der EG-Mittelmeerpolitik

Die Gemeinschaft gibt ein Beispiel friedlicher Nachbarschaft

Von Ludwig Fellermaier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Seite 2 und 3 / 54 Zeilen

Lehren aus einem internationalen Skandal

Ein Jahr nach der Anti-Zionismus-Entscheidung der UNO

Von Heinz Westphal MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V.

Seite 4 und 5 / 66 Zeilen

Neue Rufnummer :

219638/39

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Häussallee 2-10
Postfach: 120 400
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 39
Telex: D6 66 546 - 46 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die Stunde des Parlaments

Vorbemerkungen zur Regierungserklärung Georg Lebers

Bundesverteidigungsminister Georg Leber wird am Mittwochnachmittag in einer Regierungserklärung dem Bundestag eine weitausholende und ins Detail gehende Darstellung der Generalsaffäre geben, die mit der Unterschrift des Bundespräsidenten unter die beiden Entlassungsurkunden ihren vorläufigen Abschluß gefunden hat. Die selbstverständliche und notwendige Entscheidung des Ministers konzentriert sich auf den Tatbestand, daß hochrangige Offiziere der Bundeswehr die Grenzen überschritten haben, die ihnen das demokratische Soldatengesetz vorschreibt.

Natürlich spielen die Gesamtvorgänge und -umstände eine gewichtige Rolle, die der Minister dem Bundestag in der wünschenswert und für manche Abgeordnete gewiß überraschenden Deutlichkeit vorgetragen wird; aber im Zentrum der Affäre stehen eben dieses Verhalten der Offiziere zum Soldatengesetz, das einer der Grundpfeiler der demokratischen Armee ist, und damit auch das Selbstverständnis, mit dem sich diese Offiziere ihre Position innerhalb oder gegenüber dem demokratischen Staat, der demokratischen Gesellschaft und ihrem demokratischen Parlament gesucht und gefunden haben.

Dieses übergeordnete staatspolitische Kriterium ist also der eigentliche Kerngehalt des Gesamtvorganges, der am Mittwochnachmittag im Bundestag seine zugegeben eminent wichtige Rolle zu spielen haben wird. Die beiden Kleinen Anfragen aus der CDU/CSU-Fraktion, die sich überstürzenden Reden aus dem "Unions"-Lager und leider allzuvielen Artikel und Kommentare in den deutschen Medien lassen diesen zentralen Punkt völlig außer acht: entweder aus Unvermögen des Autors oder aus einer völlig verquerten und noch dazu parteipolitisch fixierten Fehlbeurteilung der im Jahre 1976 gegebenen Realitäten.

Der Mann, den zwei hohe Offiziere in völlig unqualifizierbarer Weise mit einem notorischen Alt- und Neonazi in eine schändliche Parallele zu ziehen sich unterfangen haben, wird sich im Bundestag voraussichtlich auch selbst zu Wort melden, um zu sagen, was dieser um unseren demokratischen Staat höchstverdiente Politiker in einer solchen Situation zu sagen hat. In einer Situation nämlich, in der vor den Augen einer alarmierten deutschen Öffentlichkeit, vor den Augen einer durch das Verhalten der hohen Offiziere verunsicherten Bundeswehr und vor den Augen eines zutiefst schockierten Auslandes der Deutsche Bundestag insgesamt sich seiner unabdingbaren Verantwortung für die aus Blut und Chaos entstandenen deutschen Demokratie gewachsen zeigen muß. Der 10. November ist eine Schicksalsstunde des deutschen Parlaments; die Entscheidung über Wohl und Wehe liegt in der Hand der Opposition.

(-/9.11.1976/va/pr/ee)

+ + +

Fortschritte in der EG-Mittelmeerpolitik

Die Gemeinschaft gibt ein Beispiel friedlicher Nachbarschaft

Von Ludwig Fallermaier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments
und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Das Jahr 1976 stellt in der Entwicklung der globalen Mittelmeerpolitik der Europäischen Gemeinschaft einen entscheidenden Fortschritt dar. Mit Algerien, Marokko und Tunesien wurden Kooperationsabkommen abgeschlossen. Am 15. Oktober hat die Gemeinschaft ein Abkommen mit Ägypten paraphiert, in den Verhandlungen mit Jordanien hat man sich im Grundsätzlichen geeinigt, und die Gespräche mit Syrien haben begonnen. Mit Israel wurde schon 1975 ein Abkommen abgeschlossen.

Diese Entwicklung ist umso mehr zu begrüßen, als die Mittelmeerpolitik der Europäischen Gemeinschaft in früheren Jahren eher einem Fleckerl-Teppich ähnelte und ein Gesamtkonzept nicht erkennbar war. Die Abkommen mit den Maghreb-Ländern gehen weit über bloße Kooperation hinaus: Sie umfassen neben Handelsbeziehungen, industrielle und technologische Zusammenarbeit, Finanzhilfe und auch Zusammenarbeit hinsichtlich der Wanderarbeitnehmer.

Aus der neueren Entwicklung der EG-Mittelmeerpolitik ergeben sich Probleme für die Länder, die schon früher Assoziationsverträge mit der EWG abgeschlossen hatten, Griechenland und die Türkei. Griechenland ist als Beitrittskandidat aus dem Kreis der Assoziierten praktisch ausgeschieden. Seine speziellen Probleme werden im Rahmen der Beitrittsverhandlungen zu regeln sein. Die Türkei sieht ihr Assoziationsabkommen dadurch entwertet, daß andere Länder inzwischen dieselben und größere Handelsvorteile erhalten haben.

Die Spannungen zwischen der Türkei und der Gemeinschaft fanden ihren Höhepunkt durch die Aussetzung der Sitzung des Assoziationsrates auf Ministeriebene. In den nächsten Wochen wird es darauf ankommen, alle diplomatischen Kanäle zu benutzen, um die Verstimmung zwischen der Türkei, die sehr

sensibel reagiert, abzubauen zu helfen. Dabei belastet allerdings die strukturelle Arbeitslosigkeit in der EG erheblich den Komplex der schrittweisen Einführung der Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer. Die Gemeinschaft hat klar gemacht, daß der Beitritt Griechenlands nicht gegen die Türkei gerichtet ist und ihr keine Nachteile bringen darf. Natürlich wird die Diskussion durch die griechisch-türkischen Streitfragen erschwert.

Was den Mittelmeeranlieger Spanien angeht, so sind echte Schritte zur Demokratisierung weiterhin Vorbedingung für engere Beziehungen zur EG. Das Verbot des PSOE-Kongresses spricht dabei gegen die europäischen Beteuerungen der spanischen Regierung. Die Unterstützung Portugals durch EG-Finanzhilfe reicht nicht aus. Europäische Sozialdemokraten sind für mehr Unterstützung für Portugal, das sich aus eigener Kraft von der Diktatur befreit und dem demokratischen Europa zugewandt hat.

Die EG-Mittelmeerpolitik fügt sich in den Rahmen der "Außenpolitik" der Gemeinschaft nahtlos ein. Sie steht neben der Konvention von Lomé, die die Beziehungen zu Entwicklungsländern Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raumes regelt. Für den euro-arabischen Dialog stellt die Mittelmeerpolitik ein wichtiges Bindeglied dar. Zugleich sind die Abkommen das Gegenstück zu den Verträgen mit den Rest-Staaten in West- und Nordeuropa, die nach der Erweiterung der EG abgeschlossen wurden.

Die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments hat sich stets für eine sinnvolle Globalpolitik der Gemeinschaft im Mittelmeerraum ausgesprochen. Durch die Reise einer Delegation in die Maghreb-Staaten hat sich erst jüngst ihr besonderes Interesse dokumentiert. Die Mittelmeerpolitik der Europäischen Gemeinschaft kann beispielhaft sein, weil die Gemeinschaft dort als friedlicher Nachbar auftritt, der Schwächere bei ihrer Entwicklung unterstützt und damit zur politischen Stabilität beiträgt. Die Sozialistische Fraktion wird sich dafür einsetzen, daß die bisher abgeschlossenen Abkommen umgehend in den nationalen Parlamenten in den EG-Ländern ratifiziert und ohne Verzug damit verwirklicht werden. (-/9.11.1976/vo/or/ee)

+ + +

Lehren aus einem internationalen Skandal

Ein Jahr nach der Anti-Zionismus-Entscheidung der UNO

Von Heinz Westphal MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und
Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e. V.

Am 10. November jährt sich der Tag, an dem 1975 die Generalversammlung der Vereinten Nationen - auf dem immer geduldigen Papier - festgestellt hatte, "daß Zionismus eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung ist". 72 Staaten hatten für diese schlimme Resolution gestimmt, 35 waren dagegen und 32 enthielten sich der Stimme. Der deutsche Botschafter am Sitz der UN, Rüdiger von Wechmer, der die deutsche Gegenstimme abgab, sprach damals von einem "schwarzen Tag" der Weltorganisation. Die in der Welt heute vorhandene Abneigung gegen den Rassismus war zu einer anti-israelischen Aktion mißbraucht worden.

Ein Jahr nach diesem Ereignis läßt sich prüfen, was die praktisch-politische Bedeutung der Anti-Zionismus-Resolution, diese bisher schlimmste Form der verbalen Konfrontation gegen Israel und das jüdische Volk, in den Vereinten Nationen gewesen ist.

Es ist dem israelischen Außenminister Yigal Allon zuzustimmen, der sagte, daß diese Entscheidung für die Zukunft der Weltorganisation gefährlicher sei, als für die zionistische Idee. Die Hoffnungen, daß die UN als stabilisierender Faktor, der auf Frieden hinwirkt, tätig wird, sind enttäuscht worden. Die Resolution habe eher die PLO als Organisation der radikalen arabischen Palästinenser als Ägypten befriedigt und sei ein Schlag gegen den Prozeß der Mäßigung im Nahen Osten gewesen.

Die beabsichtigte Wirkung der Entscheidung als "Kitt" für den Zusammenhalt der arabischen Länder ist nicht eingetreten. Das Ringen um die Vormachtstellung in der sogenannten "arabischen Nation" ging das ganze Jahr über weiter. Es genügt, dafür als Beleg die Namen der Staatsführer Khadaffi, Assad, Sadat oder auch des Saudi-arabischen Königs zu

nennen, die jeweils für eine andere Politik im arabischen Lager stehen.

Auch die Funktionen dieser Resolution, in dem weltweiten Ringen der Länder der Dritten Welt gegenüber den Industriestaaten des Westens um eine gleichberechtigte und geschützte Rolle im Welthandel und die Durchsetzung einer neuen Weltwirtschaftsordnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Die Entwicklung ist gerade im Jahr 1976 in diesem Bereich über die Phase des Aufbaus von sich gegenüberstehenden Fronten hinausgewachsen und die Konfrontation zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten hat sich auf sehr konkrete wirtschaftspolitische Einzelfragen zugespielt, bei deren Lösungsversuch selbst die hartgesottensten Radikalen die Propagandaformeln beiseite schieben, wenn sie im Sitzungssaal der UNCTAD-Ausschüsse zum Erfolg kommen wollen.

Prüft man die praktisch-politische Bedeutung der Anti-Zionismus-Entscheidung mit Bezug auf die politische Entwicklung im Konfliktgebiet Nah-Ost selbst, so zeigt sich, daß die Entwicklung im Jahr danach geprägt ist von dem grauenhaften und menschenmordenden Bürgerkrieg mit Einmischung anderer arabischer Staaten von außen im Libanon. Die wohl oder übel illusorische Idee Arafats von einem säkularen Staat für Juden, Christen und Moslems wurde im Libanon auf drastische Weise ad absurdum geführt, weil nicht einmal christliche und moslemische Araber auf Dauer friedlich ihre Probleme regeln konnten und die Gruppen der radikalen arabischen Palästinenser vom Terrorismus gegen Israel zum Krieg gegen die arabischen Brüder übergingen.

Bleibt schließlich die Frage, ob die praktisch-politische Bedeutung der hier in Rede stehenden Entscheidung wenigstens darin zu erkennen ist, daß sie eine Weck-Funktion für die demokratisch strukturierten Länder dieser Welt gehabt hat, ob sie dazu beigetragen hat, uns alle aufwachen zu lassen, um zu verhindern, daß die 1945 formulierte hohe Zielsetzung der Weltorganisation in einem Sumpf des Macht- und Mehrheitsmißbrauchs versinkt. Man kann nicht umhin, daran erhebliche Zweifel zu haben.

Die eigentliche Lehre muß noch gezogen werden:

- Weltweite Aufklärung darüber, daß die Bezeichnung des Zionismus als eine Form des Rassismus und der Rassendiskriminierung historisch und sachlich ganz einfach falsch ist;

- eine saubere Klärung des Tatbestandes, daß der Begriff des Zionismus, in die Wirklichkeit dieses Jahrhunderts übersetzt, für die Nachbarvölker Israels nichts anderes bedeutet, als das eigentlich selbstverständliche Recht auf Selbstbestimmung eines Volkes; und

- Rückkehr zu nüchternen Versuchen, einen haltbaren und international garantierten Kompromiß auszuhandeln zwischen den beiden auf dem Boden des alten Palästina miteinander konkurrierenden Selbstbestimmungsrechten der arabischen Palästinenser einerseits und der Israelis andererseits.

(-/9.11.1976/mie/ee/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller